

Pressemitteilung vom 23. Mai 2024

## **Auf der polisMOBILITY: NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur setzt bei der Antriebswende auf das Handwerk. Kfz-Verbandschef Frank Mund: Infrastruktur ausbauen, Fahrzeugbesitzer zu aktiv Beteiligten der Mobilitätswende machen.**

Die polisMOBILITY der Koelnmesse (22./23. Mai 2024) gilt als führende branchenübergreifende Messe für die Verkehrswende im urbanen Raum. Da die Verkehrswende auch für das Handwerk ein zentrales Thema ist, richteten die Handwerkskammer zu Köln und HANDWERK.NRW im Rahmen der polisMOBILITY am Mittwochnachmittag (22. Mai) eine Podiumsdiskussion aus: Unter dem Titel „Handwerk und Industrie als Ermöglicher der Antriebs- und Energiewende“ ging es um die Schlüsselrolle von Handwerk und Industrie bei diesen Themenfeldern sowie um die notwendigen politischen Rahmenbedingungen.

In einem einführenden Grußwort verdeutlichte Hans Peter Wollseifer, Präsident der HWK Köln, wie herausfordernd die Antriebswende für viele Handwerksbetriebe selbst ist: „Unternehmen mit einem Fuhrpark von 30 oder mehr Nutzfahrzeugen brauchen erst einmal die Infrastruktur, um umzurüsten. Und sie müssen sich das auch erst einmal leisten können. Für die meisten Branchen im Handwerk ist Mobilität überlebenswichtig – weil Betriebe entweder mit ihren Fahrzeugen zu den Kunden fahren oder ihre Geschäfte für die Kunden erreichbar bleiben müssen. Politik und Gesellschaft dürfen die vielen Herausforderungen, vor denen Unternehmen im Kontext der Antriebswende stehen, nicht außer Acht lassen. Vielmehr benötigt die Wirtschaft gute Rahmenbedingungen zur Bewältigung des Transformationsprozesses. Wenn das gelingt, sind Handwerk und Industrie mit Innovation und Tatkraft Ermöglicher der Antriebs- und Energiewende.“

Einen politischen Impuls zur Podiumsdiskussion gab Mona Neubaur, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie betonte die zentrale Rolle des Handwerks bei der Antriebswende: „Klimaschutz braucht eine moderne Infrastruktur und einen konsequenten Umstieg auf emissionsarme Antriebe. Der Verkehrssektor ist einer der größten CO<sub>2</sub>-Emittenten und hier besteht dringender Handlungsbedarf. Bei unseren Anstrengungen für eine umfassende Antriebswende setzen wir in Nordrhein-Westfalen auf unsere kompetenten und engagierten Handwerkerinnen und Handwerker, die Ladepunkte installieren, Photovoltaikanlagen errichten und Elektrofahrzeuge zuverlässig reparieren. Viele Handwerksbetriebe haben die Elektromobilität schon als Zukunftsfeld für sich erkannt und bauen ihr erfolgreiches Geschäftsmodell auf klimafreundlichen Antrieben auf. Gemeinsam machen wir weiter Tempo für die nachhaltige Mobilität der Zukunft.“

Teilnehmende der anschließenden Podiumsdiskussion waren neben Ministerin Neubaur Susanne Fabry (Vorstand Netze, Personal; Arbeitsdirektorin der RheinEnergie AG), Judith Kleinemeyer (Manager Government Affairs & Community Involvement Ford Deutschland GmbH) und Frank Mund (Präsident Verband des Kfz-Gewerbes Nordrhein-Westfalen e.V.).

Ministerin Neubaur betonte in der von Moderator Gregor Schnittker geleiteten Diskussion, wie wichtig Klarheit beim Umstieg auf Elektromobilität sei – für Hersteller, Verbraucher und andere Akteure. Ford-Managerin Judith Kleinemeyer griff das auf und sagte: „Die Zukunft ist elektrisch – das betrifft auch die Nutzfahrzeuge. Die Zukunft ist aber nicht nur elektrisch, sondern auch digital.“ Gerade für Handwerksbetriebe, die häufig kurze Anfahrtswege zu ihren Kunden haben, böten Elektrofahrzeuge große Chancen: durch geringere Betriebskosten, aber auch durch die Möglichkeit eines digitalen Flottenmanagements. Perspektivisch könnten E-Fahrzeuge zudem auch als Energiespeicher genutzt werden, um darin Werkzeuge zu laden. Viele Kunden müssten die Elektromobilität jedoch noch lernen, so Kleinemeyer: „Wir müssen bei Elektromobilität umdenken – man muss die Fahrzeuge zwischendurch laden.“

Der Präsident des Verbands des Kfz-Gewerbes NRW e.V. und Kreishandwerksmeister der Kreishandwerkerschaft Mönchengladbach Frank Mund ging vertiefend auf Herausforderungen bei der Ausweitung der E-Mobilität ein: Um das Regierungsziel von fünfzehn Millionen E-Fahrzeugen bis 2030 zu erreichen, müssten jeden Monat 200.000 neu zugelassen werden. „Davon sind wir weit entfernt,“ bestätigte Mund. „Die neben dem Ausbau der Infrastruktur größte Aufgabe besteht darin, preiswerte Fahrzeuge in den Markt zu bringen – das ist es, was die Kunden wollen.“ Insbesondere Jüngere könnten sich neue Stromer nicht leisten, die heimische Industrie hinke mit passenden Modellen hinterher. Auch auf dem Gebrauchtwagenmarkt – dem laut Mund bedeutenderen Segment – seien E-Autos noch zu teuer. Generell würden Stromfahrzeuge immer noch häufig mit Reichweiten-Problemen verknüpft. Zudem fehlten Anreize für den Umstieg, so Mund, der eine finanzielle Beteiligung von Fahrzeugbesitzern bei Nutzung ihrer Autos als Energiespeicher ins Spiel brachte. Für das Kfz-Handwerk sei die Ausweitung der E-Mobilität jedenfalls kein Problem, sagte Mund: „Wir bilden seit 2013 Kfz-Mechatroniker aus, die an den Fahrzeugen arbeiten können. Das Handwerk kann E-Fahrzeuge, Wasserstofffahrzeuge und konventionelle Fahrzeuge. Auf diese Leistung darf man in- und außerhalb des Handwerks stolz sein!“

Damit die Antriebswende Fahrt aufnehmen kann, braucht es ein ausreichendes Netz und genügend Ladesäulen. „Wir sind diejenigen, die dafür sorgen, dass die ganzen Autos geladen werden können“, sagte Susanne Fabry von der RheinEnergie. Diese baue das Netz in Köln massiv auf, dennoch könnten nicht überall gleich gut E-Fahrzeuge geladen werden. Und klar sein müsse auch: Es könnten etwa nicht alle Lkw und Busse an einem Standort gleichzeitig geladen werden. Was Ladesäulen im öffentlichen Raum angeht, machte Fabry deutlich: „Mit der Ladesäule verdienen Sie im Moment kein Geld.“ Für die Errichtung von Ladesäulen sei man auf Förderprogramme angewiesen. Zudem müsse man dahin kommen, dass es mehr Schnelllader gebe.

Um den Ausbau der Ladeinfrastruktur zu erhöhen, sei die Förderlogik verändert worden, so Ministerin Neubaur. Die Landesregierung fördere unter anderem die Errichtung von Ladeinfrastruktur bei Arbeitgebern (für deren Mitarbeitenden), Wohnungsgenossenschaften und Mehrfamilienhäusern.

(Quelle: HWK Köln, Handwerk.NRW)